

Überblick

4/2011

Schwerpunkt Integration?

- ▶ **“Wir leben in einer vormodernen Gesellschaft”**

- ▶ **Wirklichkeit schaffen:
Integration als Dispositiv**

IDA_{NRW}

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
17. Jg., Nr. 4, Dezember 2011
ISSN 1611-9703

Inhalt	
Schwerpunkt:	
Integration?	3
- „Wir leben in einer vormodernen Gesellschaft“ Interview mit Kien Nghi Ha	3
- Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv Paul Mecheril	6
Kommentar ...	
- ... zum Rechtsterrorismus in Deutschland Anne Broden	10
Literatur und Materialien	12
Nachrichten	16

Impressum	
Der <i>Überblick</i> erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de , www.IDA-NRW.de	
Redaktion: Anne Broden	
Der <i>Überblick</i> und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.	
Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 1/2012: 01.03.2012	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
die Dimension der rechtsterroristischen Gewalt ist grausam und die Tatsache, dass erst jetzt, Jahre nach den Morden, die Opfer als das in den Blick rücken, was sie waren, als Opfer einer menschenverachtenden Ideologie, ist erschreckend. Die Solidaritätsbekundungen, die die Opfer und ihre Angehörigen nun erfahren, kommen (zu) spät und können die erlebte Diskreditierung nicht wieder gut machen.

Die Strafverfolgungsbehörden haben auf ganzer Linie versagt. Ihr Unvermögen, die Taten richtig einzuordnen, ihre Vorverurteilungen und ihre Sprache machen deutlich, wie sie MigrantInnen wahrnehmen. Die Medien haben es nicht nur versäumt, die Arbeit der Behörden kritisch zu prüfen, vielmehr haben einige Presseorgane die Berichterstattung rassistisch aufgeladen. Jetzt besinnt sich ein Teil der Medien und problematisiert diese Berichterstattung. Spiegel-online kommentierte: „Und welche Aufschrei ginge durch Politik und Presse, würden in der Türkei serienmäßig deutsche Staatsbürger ermordet und man spräche dort von ‚Kartoffel-, oder ‚Sauerkraut-Morden‘. Kaum auszudenken.“

Die Ereignisse, das Versagen sind beschämend. Es ist ein Skandal, dass durch die Finanzierung der V-Leute die Strukturen der Rechtsextremen ausgebaut werden konnten. Und wer heute noch behauptet, dass diese V-Leute nach wie vor als wichtige Informationsquelle gebraucht würden, erscheint mir resistent gegenüber neuen Erkenntnissen.

Als ein Ablenkungsmanöver mutet die erneute Diskussion um ein Verbot der NPD an, denn sie reduziert die komplexen Probleme um Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus auf Phänomene des rechtsextremen gesellschaftlichen Randes. Die menschenverachtenden Einstellungen der Mitte der Gesellschaft werden nicht berücksichtigt. Laut der Studie „Die Mitte in der Krise“ sind 35,6% der Befragten der Auffassung, „die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ 14,9% vertreten die Meinung, dass „die Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben und nicht so recht zu uns passen.“

Es wird eine problematische Verschränkung deutlich: Die Positionen der Rechtsextremen sind anschlussfähig an die Einstellungen von Teilen der gesellschaftlichen Mitte. Diese wiederum verweisen auf die menschenverachtenden Positionen und die Gewalt der NPD und des rechtsextremen Randes und können somit von sich selbst ablenken. Wer profitiert von dieser Verschränkung? Wie viele Opfer wird sie noch erzeugen?

Anne Broden

Schwerpunkt: Integration?

Navid Kermani wurde Anfang Dezember mit dem Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ausgezeichnet und kommentierte in seiner Dankesrede die hiesige Integrationsdebatte folgendermaßen: „Aber allein schon das Wort der Integration, das Norm geworden ist, zeigt an, dass die Grundlage weiterhin die Vorstellung eines irgendwie einheitlichen Staatsvolkes ist, für das ein Fremder sich zu qualifizieren, in das er sich einzubringen hat. Integration ist schon dem Wort nach ein einseitiger Vorgang: Ein Einzelner oder eine Gruppe integriert sich in ein bestehendes Ganzes.“¹

Die beiden nachfolgenden Beiträge setzen sich ebenfalls kritisch mit dem Begriff der Integration auseinander. Kien Nghi Ha identifiziert den Diskurs um Integration als eine Ideologie, die nichts mit den realen Alltagserfahrungen der Menschen zu tun hat. Er plädiert für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Frage, ob wir in einer monokulturellen oder in einer kulturell pluralistischen Gesellschaft leben wollen.

Paul Mecheril problematisiert Integration als ein Sanktionssystem, dass die Menschen nicht als Subjekte wahrnimmt, sondern diese zu „Elementen“ degradiert, die es einem größeren Ganzen einzuverleiben gilt. Die Dichotomisierung zwischen ‚uns‘ und ‚ihnen‘ begreift Mecheril als Indiz für die Krise des Nationalstaates, als Krise der Frage, wer wir sind.

„Wir leben in einer vormodernen Gesellschaft“

Kien Nghi Ha im Interview

Anna Polonyi (The European): Sie waren auf einer Paneldiskussion mit dem deutsch-türkischen Autor Feridun Zaimoğlu in Berlin im Ballhaus Naunynstraße. Das Motto hieß „Vibrationshintergrund“. Was ist mit diesem Wortspiel gemeint?

Ha: Dabei geht es um die Infragestellung des gesellschaftlichen Blicks der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die Immigranten bisher immer als eine problematische Gruppe mit Defiziten definiert hat. Früher hatte man auch spezielle Therapieformen wie die Ausländerpädagogik entwickelt, um diese Menschen zu resozialisieren und in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dieser defizitorientierte Blick sagt natürlich aus, dass die deutsche Gesellschaft, entgegen ihrer eigenen Erfahrung, Migrantinnen und Migranten und ihre Kulturen lange Zeit nicht als positiven, bereichernden Aspekt der Gesellschaft betrachtet hat. Diese

Sichtweise beruht auf einer Ideologie, die nichts mit den realen Alltagserfahrungen der Menschen zu tun hat, die hier zusammen gelebt, gelacht und auch gelitten haben. Es gibt zwei Realitäten, über die wir hier sprechen: ideologische und gesellschaftlich-kulturelle. Die erste Realität wurde durch politische Mainstream-Diskurse geprägt, die sich ihr „Ausländerproblem“ selbst geschaffen hat, die deutsche Ausländerpolitik mit ihren Gesetzen, die sich historisch stark darauf konzentriert hat, Migrantinnen und Migranten zu regulieren und zu kontrollieren, weil sie als eine potenziell gefährliche Gruppe konstruiert wurden. Und dann gibt es natürlich eine Migrationsrealität, die im Alltag gelebt wurde, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft Nachbarinnen und Nachbarn wurden, Freundschaften geschlossen haben, sich verliebt und gemeinsam Kinder bekommen haben.

The European: Es gibt seit Langem den Diskurs um Integration. Warum wird dieses Konzept kritisiert?

Ha: Der Begriff der Integration ist sehr unklar. Es gibt Menschen, die unter Integration gesellschaftliche Teilhabe, gleiche Rechte und gleiche Chancen im sozialen, politischen wie kulturellen Rahmen verstehen. Und es gibt einen Integrationsbegriff, der sehr stark auf kulturelle Assimilation fokussiert ist, wo Migrantinnen und Migranten aufgefordert werden, ihre nicht-deutsche Identität abzulegen, um stattdessen auf eine vorgefertigte Wiese deutsch zu werden, die künstlich ist. Künstlich deshalb, weil es keine originäre deutsche Identität gibt. Deutsche Kultur ist nichts statisches, und es ist sehr schwierig zu sagen, was deutsche Kultur ausmacht, genauso schwierig wie zu definieren ist, was amerikanische, türkische oder vietnamesische Kultur ist. Trotzdem wird diese Illusion einer scheinbar gegebenen deutschen Kultur aufgebaut, an der Migrantinnen und Migranten sich orientieren und anpassen müssen. Und wenn sie es nicht tun, das ist die verschärfte Entwicklung, die wir seit sechs Jahren haben, werden sie mit Strafen bedroht, weil sie angeblich integrationsunfähig oder -feindlich seien. Integration wird immer weniger als eine Einladung verstanden, hier anzukommen, und in der deutschen Gesellschaft gleichberechtigt und selbstbestimmt zu leben. Stattdessen wird mit der Integrationspolitik immer stärker ein Zwang ausgeübt, der von Migrantinnen und Migranten verlangt, dass sie sich der deutschen Gesellschaft unterordnen müssen.

The European: Inwiefern muss man eine Kultur abgeben, um in einer anderen anzukommen?

Ha: Menschen haben sehr viele verschiedene Identitäten, mit denen sie gleichzeitig leben, und normalerweise müsste man eine politische Struktur und Kultur schaffen, die zulässt, dass man auf unterschiedliche Weise deutsch sein kann, genau so wie es in den USA verschiedene Formen von

¹ Die Dankesrede Kermanis findet sich unter http://www.navidkermani.de/media/raw/Redekurz_n_HannahArendt_NK.pdf, 6 (13.12.11)

Amerikanisch-Sein gibt. Es gibt z. B. African-Americans, Asian-Americans und weiße Amerikaner in unterschiedlichsten kulturellen Färbungen. Diese Pluralisierung der nationalen Kultur und Identität ist in Deutschland sehr rudimentär bis gar nicht entwickelt. Es gibt eine allmähliche Bestrebung, vor allem im Kulturbereich, Bindestrich-Identitäten und Mehrfachzugehörigkeiten zuzulassen: Menschen, wenn diese es wollen, als deutsch-türkisch oder asiatisch-deutsch zu bezeichnen, und es gibt auch die Bezeichnung Schwarze Deutsche. Aber das sind diskursive Randphänomene, die bisher nicht wirklich in das Massenbewusstsein der Gesellschaft vorgedrungen sind. Nach wie vor haben wir es mit einem dominanten Narrativ zu tun, in der die nationale deutsche Kultur im Singular und in Abgrenzung zu anderen kulturellen Identitäten gedacht wird.

The European: Ist es eine gesellschaftliche Verantwortung, immer die dominante Kultur zu kritisieren?

Ha: Die Schattenseite der dominanten Kultur und ihres politischen Diskurses ist, dass sie andere Geschichten und Positionen von Minderheiten verdrängen und unsichtbar machen. Ich denke, dass es notwendig ist, durch Kulturarbeit, durch politische Aktivitäten dominante Strukturen aufzubrechen, wenn es unser Ziel ist, in einer Gesellschaft zu leben, die möglichst frei von Zwängen und Dominanz sein will. Das geht nur, wenn das Unterdrückte und Marginalisierte zum Vorschein kommt und Geltung erlangt. Gegenwärtig ist es aber so, dass ein Verständnis von deutscher Kultur vorherrscht, das letztlich auf die Formel „deutsche Leitkultur“ hinausläuft. Diese wahnwitzige Idee ist in der politischen Kultur ein stehender Begriff geworden. Die CDU etwa bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zu der deutschen Leitkultur. Wir sollten uns tatsächlich fragen, in welcher Gesellschaft und mit welchen Werten wir leben wollen. Wollen wir in einer monokulturellen Gesellschaft leben, oder wollen wir in einer nicht nur politisch, sondern auch kulturell pluralistischen Gesellschaft leben, wo es möglich ist, dass Menschen unterschiedlich sein können und sich trotzdem als Mitglieder der Gesellschaft anerkennen?

The European: Man muss sich schon als Teil der Gesellschaft, also gewissermaßen „integriert“ fühlen, um sich mit diesem Integrationskonzept auseinanderzusetzen.

Ha: Ich glaube nicht, dass wir den Integrationsbegriff brauchen, um über gesellschaftliche Teilnahme und demokratische Rechte zu sprechen. Es ist ganz klar, dass wir, sobald wir über die Gastarbeitermigrantinnen und -migranten reden, über eine Gruppe sprechen, die teilweise seit fünfzig oder sechzig Jahren in Deutschland ist, und hier schon in der 3. Generation lebt. Sie sind natürlich elementarer Teil dieser Gesellschaft.

Das ist eine Tatsache, um die wir nicht herumkommen. Man kann für diese geschichtliche Existenz verschiedene Begriffe verwenden, und diese Begriffe können im schlimmsten Fall diese gesellschaftliche Tatsache verschleiern, indem zum Beispiel immer noch von „AusländerInnen“ gesprochen wird, obwohl diese Menschen rational betrachtet keine Ausländerinnen und Ausländer mehr sein können. Sie sind nur dadurch Ausländerinnen und Ausländer, weil die Gesellschaft ihnen bisher die Möglichkeit verweigert hat, die deutsche Staatsbürgerschaft zu würdigen und zu realistischen Bedingungen zu erhalten. Es ist zweifellos eine Frage des politischen Willens der mehrheitsdeutschen Gesellschaft, die bisher die Bedingungen für die Einbürgerung so hoch schraubt, dass marginalisierte MigrantInnengruppen diese Möglichkeit nicht nutzen können. Aber dann sollten wir so anständig sein und uns zu dieser gezielten Politik bekennen, die aus eingewanderten Menschen Ausländerinnen und Ausländer macht. Thilo Sarrazin ist wenigstens so ehrlich, ganz offen zuzugeben, dass er keine eingewanderten Muslime in Deutschland haben will.

The European: Gibt es überhaupt so was wie ein „Migrationsproblem“?

Eigentlich wäre es besser, wenn wir auch über Demokratiedefizite und strukturellen Rassismus in Deutschland und nicht nur über Integrations- oder Migrationsprobleme sprechen würden. Denn das ist der reale Kern dieser Problematik, und es würde auch unseren Blick noch mal vollkommen ändern. Integration ist immer das Problem der Anderen, der Ausländer, der Türkin, die angeblich nicht integriert sind und es nicht sein wollen, weil sie muslimischen Glaubens sind, weil ihr vermeintlich rückwärtsgewandter Glaube es ihnen nahezu unmöglich macht, das Türkische abzulegen und sie aufgrund ihrer türkischen Kultur Frauen- und Minderheitenrechte nicht respektieren können – natürlich im Gegensatz zu unserer aufgeklärten und freiheitsliebenden deutschen Kultur. Die Ideologie des Integrationsdiskurses ist mit der ständigen Konstruktion und Problematisierung des postkolonialen Anderen beschäftigt, um dadurch – nicht ganz uneigennützig – die ebenso imaginierten deutschen Kulturwerte zu überhöhen. Wenn wir aber anfangen, über die Demokratiedefizite der deutschen Gesellschaft nachzudenken, dann werden wir zu anderen Fragen und Antworten kommen: Was kann die deutsche Gesellschaft tun, damit das selbst verantwortete Demokratiedefizit so radikal und so schnell wie möglich abgebaut wird? Wir würden über die blinden Flecken dieser Gesellschaft sprechen und darüber debattieren, wie wir eine politische Reform anschieben können, um Menschen, die seit Jahrzehnten Teil dieser Gesellschaft sind, endlich ihre ihnen zustehenden demokratischen Rechte zu geben.

The European: Sie haben die Verbindung von Rassismus und Aufklärung angedeutet. Könnten Sie mehr darüber erzählen?

Ha: Das ist eine ganz spannende, aber auch sehr schwierige Frage, weil die Geschichte der Aufklärung über mehrere Jahrhunderte geht. Aber was mich intellektuell interessiert, ist die politische Aufgabe, die Aufklärung auf jeden Fall komplexer und widersprüchlicher zu denken, als unser eurozentristisches Bild es vorsieht. Ich möchte in Zweifel ziehen, dass man die Aufklärung als ein lineares Fortschrittsprojekt denken kann. Kolonialismus und Aufklärungsdiskurs standen realgeschichtlich gesehen nicht zwangsweise in einem Widerspruch zueinander. Es sind die „großen Philosophen“ wie etwa Voltaire und auch Kant, die als Ikonen der westlichen Aufklärung abgöttisch verehrt werden. Was bei diesem einseitigen Blick wegfällt, ist die Tatsache, dass sie auch Protagonisten eines Diskurses waren, in dem Menschengruppen rassifiziert wurden. Als Theoretiker der Rassenkonstruktion trugen sie maßgeblich zum kolonialen Diskurs bei und waren durch die Etablierung dieser ideologischen Weltsicht für darauf aufbauende kolonial-rassistische Ausbeutung und Unterdrückungspraktiken mitverantwortlich. Ich denke, dass die Verbindungen zum kolonialen Projekt in der europäischen Moderne eine Perspektive ist, die wir stärker beachten müssen, gerade in einer Gesellschaft, die den Anspruch hat, aufklärerisch, das heißt selbst-reflexiv zu sein. Das sind wir uns selbst schuldig, gerade in einer Zeit, in der die behauptete „Aufklärung“ als Abgrenzung etwa zu muslimischen Communities verwandt und politisch als Kampfbegriff benutzt wird. Es ist wichtig, einen selbst-kritischen Aufklärungsbegriff zu benutzen, um zu verdeutlichen, dass das weitverbreitete binäre „Clash of Cultures“-Denken keine rationale Grundlage hat. Es ist heutzutage leider so einfach, Aufklärung als politisches Instrument zu benutzen, indem Weiße sich aufgrund ihrer Dominanz über andere erheben können, weil sie sich zu den Aufgeklärten zählen, und Muslime kulturell wie politisch abwerten, weil sie angeblich nicht aufgeklärt sind.

The European: Wenn man von Identität spricht, bezieht man sich immer auf Nationalstaaten. Jetzt, wo globale Probleme existieren, die nicht von Nationalstaaten gelöst werden können, scheint diese Art sich zu definieren nicht mehr so legitim.

Ha: Die Souveränität der Nationalstaaten wird durch unterschiedliche Prozesse infrage gestellt. Einerseits gibt es die Dimension der ökonomischen Globalisierung, wo es um Kapitalflüsse und die zusammenhängende Weltwirtschaft geht. Und es gibt auch eine Infragestellung aufgrund supranationaler Strukturen wie der EU. Aber das, was der Nationalstaat nach wie vor schwer akzeptieren kann, ist, auf die Souveränität seiner biopolitisch-

en Macht zu verzichten. Der Nationalstaat, und Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, möchte auf jeden Fall die Kontrolle über die Migrationspolitik behalten, notfalls auch mit militärischen Mitteln. Frontex ist nur ein Beispiel, wie die Außengrenzen der EU abgeschirmt werden, um nicht zuletzt die biopolitischen Prioritäten und Wunschvorstellungen über die europäische und auch deutsche Bevölkerung durchzusetzen. Aber diese Ziele sind unreal, denn die Schwächung des Nationalstaates ist längst existent, und die supranationalen EU-Grenzen werden ständig unterlaufen. Trotzdem sollen die äußeren Grenzen auch um den Preis der Menschlichkeit als ideologische Fiktion aufrechterhalten werden. Dabei wissen alle, dass es auch in Deutschland das Phänomen der illegalisierten Migrantinnen und Migranten gibt, die ohne gültige Papiere undokumentiert eingewandert sind. Genau wie in allen anderen EU-Ländern scheint es ein Phänomen zu sein, das zunimmt. Bisher hat Deutschland keine Antwort auf diese Problematik gefunden. Man scheint es – solange es geht – politisch ignorieren zu wollen und übt sich ansonsten eher in rassistischer Mobilmachung, um mit den Mitteln der Abschirmung dieses Problems Herr zu werden, obwohl die Festung Europa dauerhaft nicht gegen diese unerwünschte Migration aufrechterhalten werden kann.

The European: Aber wenn jede Gruppe sich dadurch definiert, dass sie sich gegen andere Elemente abgrenzt?

Ha: Es ist richtig, dass eine Gruppenidentität dadurch entsteht, dass eine Gruppe sich gegen andere abgrenzt. Aber wir reden hier über Nationalstaaten in der Moderne. Nationalstaaten sind ja ein so großes Gebilde, dass sie gar nicht mehr auf persönliche Netzwerke und Beziehungen, sondern auf kollektive Symbole wie Nationalhymne und -flagge aufbauen. Innerhalb solcher anonymen Sozialstrukturen spielt persönliche Bekanntheit überhaupt keine Rolle mehr. Auch die Staatsbürgerschaft kann nicht auf der Fiktion einer gemeinsamen Kultur beruhen, sondern funktioniert nur als Bekenntnis zu einem gemeinsamen politisch-demokratischen Projekt, in der alle die gleichen Rechte, Freiheiten und Pflichten haben. Das Versprechen der Moderne lautet: Menschen haben die Möglichkeit – oder sollten zumindest die Möglichkeit haben – für sich zu entscheiden, in welcher Gesellschaft sie leben wollen. Das ist das, was normalerweise mit Demokratie bezeichnet wird: dass nämlich die gesellschaftlichen Machtstrukturen und kollektiven Entscheidungen nicht mehr gottgegeben oder durch die menschliche Natur vorbestimmt sind, sondern dass es in unserer Macht steht, für uns demokratische Entscheidungen zu treffen. Solange Millionen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland dauerhaft aus der Demokratie ausgeschlossen sind,

leben wir, streng genommen, in einer vormoder-
nen Gesellschaft. Gerade die Nationalstaaten sind
ein relativ junges, modernes Phänomen. Sie sind
veränderlich und verändern sich auch ständig.
Von daher ist es eine Frage von politischen Ent-
scheidungsprozessen, wie Staaten und Gesell-
schaften sich organisieren wollen. Wenn wir zum
Beispiel eine politische Bewegung initiieren und
Menschen zu der Überzeugung gelangen, dass
sie nicht mehr in Nationalstaaten leben wollen,
sondern in anderen gesellschaftlichen Strukturen,
dann müssten Demokratinnen und Demokraten
natürlich auch entsprechende Diskussionen über
post-nationale Gesellschaftsformen führen. Es
gibt keinen Automatismus und keinen natürlichen
oder göttlichen Zwang zum Nationalstaat.

Autor

Kien Nghi Ha ist promovierter Kultur- und Politik-
wissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten
postkoloniale Kritik, Rassismus, Migration und
Asian Diasporic Studies. Sein Buch „Unrein und
vermischt. Postkoloniale Grenzgänge durch die
Kulturgeschichte der Hybridität und der kolonialen
'Rassenbastarde'" (transcript 2010) wurde mit
dem Augsburger Wissenschaftspreis für Interkul-
turelle Studien 2011 ausgezeichnet.

Das Interview wurde erstmals in der Zeitschrift
The European – Das Meinungs- und Debatten-
magazin, 13.10.2011, abgedruckt. Wir danken für
die Abdruckgenehmigung.

Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv

Paul Mecheril

Der Diskurs über „Migration" wird nicht nur in
Deutschland intensiv, affektiv und zum Teil heftig
geführt. Für die Akteure des Diskurses steht eini-
ges auf dem Spiel. Das, was verloren und viel-
leicht auch gewonnen werden kann, ist ein zentra-
les imaginäres gesellschaftliches Moment, näm-
lich die Frage, wer „wir" sind und wer „wir" sein
wollen. „Migration" beunruhigt. Diese Beunruhi-
gung ist tiefgreifend. Sie betrifft grundlegende
Praxen und Selbstverständnisformen wie zum
Beispiel, wer in Deutschland juristisch legal und
kulturell legitim von sich behaupten darf, Bürgerin
und Bürger dieses Landes zu sein und als solche
zu handeln. Sie betrifft aber auch die weitgehend
von einseitigen kulturellen und zumeist vornehm-
lich deutschsprachigen Routinen geprägten Insti-
tutionen und Organisationen im sozialen sowie
gesundheitlichen Bereich. Sie werden durch diese
Diskussionen in ihren Selbstverständnissen,
Strukturen und Mustern grundlegend irritiert.

Schließlich zeigt sich die Beunruhigung aber auch
auf einer individuellen Ebene, da durch Migration
als selbstverständlich geltende Ressourcenvertei-
lungen, aus denen sich Privilegien oder Benach-
teiligungen aufgrund der sozialen Position erge-
ben, problematisiert werden.

Kurzum: Die Auseinandersetzung mit dem Topos
Migration ist mit Affekten verbunden und wird zum
Teil leidenschaftlich geführt, weil es „um etwas
geht", weil die mit Migrationsphänomenen verbun-
denen Veränderungen das Verständnis des ge-
sellschaftlichen „Wir", institutionelle Logiken und
die symbolische und faktische Privilegierung der
Individuen in Unruhe versetzen. Mit der zumindest
rhetorischen Anerkennung der Migrationstatsache
seit etwa Anfang des neuen Jahrtausends – also
dass Deutschland ein Einwanderungsland ist –
wird in der deutschsprachigen Öffentlichkeit das
Thema Migration nahezu ausnahmslos in einem
Atemzug mit der Vokabel „Integration" behandelt.
Da es hierbei nicht ausschließlich um eine Analy-
se, sondern auch um normative und regulative
Fragen geht, findet „Integration" im Kontext der
erwünschten Regelung gesellschaftlicher Verhält-
nisse Verwendung. Der analytische, noch mehr
aber der normative Gebrauch des Integrations-
begriffs ist aus etlichen Gründen problematisch,
von denen hier nur die wichtigsten skizziert wer-
den sollen.²

Problematik des Integrationsbegriffs

Obschon der Ausdruck „Integration" in der öffent-
lichen Debatte auf sehr unterschiedliche Sachver-
halte (Zielsetzungen wie Wege der Zielerrei-
chung) verweist, wird die Vokabel verwendet, als
ob ihr ein klares politisches Paradigma zugrunde
liegen würde: „Ein Blick in den Nationalen Integra-
tionsplan (NIP) der Bundesregierung macht dies
deutlich: Integration steht hier für eine ganze Rei-
he gesellschafts- und sozialpolitischer Maßnah-
men, die bei der Sprachförderung beginnen und
bis zur Förderung des wissenschaftlichen Nach-
wuchses reichen, die Position von Frauen verbes-
sern oder das ‚friedliche Zusammenleben' sichern
sollen. Klassisch sozialkritische Argumentationsfi-
guren, wie die, dass es ‚soziale Bedingungen und
Barrieren' (NIP, 13) gibt, die Integration verhin-
dern, wechseln sich dabei ab mit solchen aus
dem konservativeren Repertoire, wenn ‚Kultur
eine wesentliche Grundlage unseres Zusammen-
lebens' ist und unschwer zu erkennen ist, dass
hier von ‚unserer' Kultur die Rede ist (NIP, 19).
(...) Man kann dieses Changieren als Ausdruck
der verschiedenen migrations- und letztlich ge-
sellschaftspolitischen Perspektiven deuten, die
sich in den Text einschreiben und es ermöglichen,

² Vgl. Paul Mecheril/Oskar Thomas-Olalde (2011): Integration
als (Bildungs-)Ziel?, In: Rainard Spannring/Susanne Arens/
Paul Mecheril (Hg.): bildung - macht - unterschiede. Facetten
eines Zusammenhangs, Innsbruck, 119-131.

dass Integration ‚von links bis rechts‘ als catch-all-phrase funktioniert.“³

Hierbei wird die Bedeutungsoffenheit des Begriffs durch rhetorische Vereinheitlichung und Einbettung in einen ordnungspolitischen Kontext kompensiert. Mit „Integration“ werden weiterhin nicht Strategien der Bewältigung eines von Restriktionen geprägten Alltags, alternative Praktiken der sozialen Selbstinklusion und noch viel weniger subversive Praxen der Zugehörigkeitsaneignung von Migrantinnen und Migranten erfasst. Auch kommen mit der Integrationsvokabel kaum Maßnahmen zur rechtlichen Integration von Migrantinnen und Migranten im Sinne der Ausstattung mit Teilhaberechten oder politische Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung von Diskriminierung in den Blick. Ebenfalls selten werden Strategien genannt, die eine soziale Einbeziehung in bedeutende gesellschaftliche Teilbereiche wie Arbeitsmarkt, Politik, Verwaltung oder Bildung ermöglichen würden.

Tatsächlich wird in der Regel von „Integration“ unter dem Vorzeichen der „Nicht-Integration“, der „Desintegration“ gesprochen.⁴ Der Integrationsdiskurs basiert auf Negativnarrativen über die „verweigerte“, „misslungene“, die „verpasste“ oder gar die „unmögliche“ Integration. Gerade aus dieser Negation entfaltet der Integrationsimperativ seine normative Kraft.

Das fortwährend erneuerte Attest der gescheiterten Integration ermöglicht eine beständige Neuformulierung von Integrationsaufforderungen. Dies erleichtert sich dadurch, dass „Integration“ als gesellschaftlicher Ausnahmefall dargestellt wird, ohne dass der Begriff klar definiert ist: „Demnach ist ein Migrant oder eine Migrantin erfolgreich integriert, wenn er oder sie die deutsche Sprache beherrscht, einen Bildungsabschluss besitzt und erwerbstätig ist. Ein solcher Integrationsbegriff ist aber äußerst problematisch. Wendet man ihn an, so müsste auch Mohammed Atta, einer der Todespiloten vom 11. September, als integriert beurteilt werden. Er beherrschte die deutsche Sprache sehr gut. So gut sogar, dass er in Deutschland einen akademischen Abschluss erlangte.“⁵ Vor dem Hintergrund der semantischen Vagheit und performativen Assoziation mit Phänomenen des Scheiterns kann „Integration“ zur Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen instrumentalisiert

werden, was im Zuge der gegenwärtig dominanten Verwendungsweise von „Integration“ auch geschieht.

„Integration“ ist hier eine Anpassungsleistung, die als „Migranten“ geltende Personen zu erbringen haben. „Integration“ ist zugleich ein Sanktionssystem, da bei nicht erbrachter „Integration“ symbolische und ökonomische Strafen drohen. „Integration“ bestätigt die Zuschreibung von Fremdheit, da die Vokabel nahezu ausschließlich benutzt wird, um über so genannte Menschen mit Migrationshintergrund (MmM) zu sprechen. Indem sie als MmM bezeichnet werden, werden sie – selbst wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben – als „fremde Elemente“, die zu integrieren seien, konstruiert.

Die Frage der „Integration“ wird aber beispielsweise nicht mit Bezug auf sexuelle Vergehen an Kindern durch inländische, christliche Geistliche gestellt oder mit Bezug auf wirtschaftskriminelle Biografien von Menschen, die selbstverständlich und fraglos als Deutsche verstanden werden. Sie wird auch nicht gestellt bei funktionellem Alphabetismus von Menschen, die als Deutsche gelten, und auch nicht, wenn wir es mit einem Fall von fehlendem moral sense, einem moralischen Bewusstsein, angesichts der Situation Anderer zu tun haben.

Schließlich muss auch darauf hingewiesen werden, dass wenn „Integration“ zur Analyse und Regulation von Bildungsfragen Verwendung findet, ein folgenreicher Reduktionismus greift. Der Begriff Integration thematisiert und versteht Individuen nicht als widerständige und eine eigensinnige Geschichte aufweisende Subjekte, sondern als „Elemente“, die einem größeren Ganzen einzuordnen, eben zu integrieren seien. Die Tilgung von Subjektivität im Integrationsbegriff ist folgenreich für erziehungswissenschaftlich angelegte Überlegungen: Sie weist darauf hin, dass Integration letztlich keinen angemessenen normativen Bezugspunkt pädagogischen Handelns und pädagogischer Institutionen darstellen kann. Denn, wenn „Integration“ mit Bezug auf Bildungsfragen zur zentralen Referenz wird, wird der pädagogische Handlungswiderspruch zwischen „gesellschaftlicher Brauchbarkeit“ und „Selbstentfaltung“ eindeutig zugunsten der Brauchbarkeit aufgelöst. Dadurch reduziert das Bildungsziel „Integration“ den pädagogischen Bezug auf den Menschen auf Entwicklung und Pflege seines gesellschaftlichen Nutzens.

An diesem Beispiel wird im Übrigen eine allgemeine Tendenz der zunehmenden Aushöhlung pädagogischer Sinnbezirke und ihrer Indienstnahme durch ökonomische und funktionalistische

³ Serhat Karakayali (2007): Ambivalente Integration, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Dossier: Der Nationale Integrationsplan auf dem Prüfstand, November 2007, online: www.migration-boell.de/web/integration/47_1366.asp (29.08.2011).

⁴ Vgl. Thomas Geisen (2010): Vergesellschaftung statt Integration, in: Paul Mecheril et al. (Hg.): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung, Münster, 14f.

⁵ Kamuran Sezer (2010): Was wird unter Integration verstanden?, September 2010, online: www.migration-boell.de/web/integration/47_2674.asp (29.08.2011).

Kalküle deutlich. Sich auf Bildung beziehende Fragen werden erstaunlicher- und bezeichnenderweise entpädagogisiert.

„Integration“ schafft Wirklichkeit

Worin aber besteht die positive Bedeutung des Integrationsbegriffs? Welche Wirklichkeit vermag er zu schaffen? „Integration“ kann verstanden werden als ein Bündel symbolischer und außersymbolischer Praxen, das auf die mit Migrationsphänomenen diskursiv assoziierte Beunruhigung bezogen ist. Um dieses Verständnis von „Integration“ zu erläutern, greife ich auf den Dispositivbegriff von Michel Foucault zurück.

Dispositive sind strukturierte, gleichwohl bewegliche Bündel von Praktiken, die in einer spezifischen Weise – dies macht ihren Zusammenhang aus – in bestimmte Bereiche intervenieren: Dispositive haken positiv und negativ ein; sie bestätigen, behindern und leiten den Fluss des Gesagten, des Sagbaren, des vergegenständlichten Wissens und des nicht sagbaren Wissens um und ab; dadurch sichern und modifizieren sie diesen Fluss, ebenso wie sie Effekte dieses Flusses sind. Foucault bezeichnet das Dispositiv als ein heterogenes Netz, das zwischen Diskursivem und Nicht-Diskursivem geknüpft ist. Die Hauptfunktion von Dispositiven ist es, auf eine urgence, einen Notstand, eine Dringlichkeit, ein bestehendes oder eventuell eintretendes Problem zu reagieren.⁶

Ein Beispiel für eine derartige „Notsituation“, aus der letztlich ein Dispositiv hervorgeht, ist die schwere Kontrollierbarkeit der stark anwachsenden Zahl an Menschen in westlichen Gesellschaften bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Es werden Machttechniken entwickelt, welche die große Menge an Menschen besser kontrollieren und ökonomisch nutzbar machen lassen sollen. Die entwickelten Techniken richten den Blick auf eine übergeordnete Einheit, zu der die Menschen zusammengefasst werden: auf die Gesamtheit der zu normierenden Gesellschaftsmitglieder, die Bevölkerung. Mittels des Bevölkerungsdispositivs wird auf das Leben der Einzelnen, die als Einzelne gar nicht mehr in Augenschein genommen werden müssen, Einfluss ausgeübt.

Dispositive sind hierbei im engeren Sinn keine Strategien von Subjekten, sondern „Strategien von Kräfteverhältnissen“.⁷ In diesen Strategien werden gegensätzliche Interessen gebündelt und unterschiedliche Ereignisse in einen Zusammenhang gebracht. Durch diese Art der strategischen Vereinheitlichung und Sinnstiftung soll der Notstand, auf den sich das Dispositiv bezieht, gemin-

dert werden. Wichtig ist, dass diese Strategien in einem engen und wechselseitigen Verhältnis zu Wissenssystemen (Epistemen) stehen.

Diese Wissenssysteme wirken auf die Art und Weise, wie Ereignisse in einem gesellschaftlichen Kontext primär wahrgenommen und mit Bedeutung versehen werden, beziehungsweise welche Assoziation bestimmte Begriffe in den öffentlichen Debatten wecken. So wie das Wissen die Stütze des Dispositivs ist, so stützt das Dispositiv das Wissen.

Mit dem Ausdruck „Integrationsdispositiv“ verstehe ich im Folgenden das Bündel von Vorkehrungen, Maßnahmen und Interpretationsformen, mit dem es in öffentlichen Debatten gelingt, die Unterscheidung zwischen natio-ethno-kulturellem „Wir“ und „Nicht-Wir“ plausibel, akzeptabel, selbstverständlich und legitim zu machen.⁸ Das Integrationsdispositiv antwortet einem strategischen Regelungsbedarf, der dadurch entsteht, dass die imaginierte Einheit „Nation“ in eine Krise gerät. Sie gerät durch Prozesse in die Krise, die nicht allein mit Migrationsphänomenen einhergehen und aus ihnen resultieren, bei denen jedoch Phänomene des faktischen und symbolischen Überschreitens und Infragestellens des Prinzips der nationalen Grenze eine prominente Rolle spielen. Diese Krise lässt sich in einer grammatisch simplen Paraphrase wiedergeben: „Wer sind wir?“

Die Vorstellung des „nationalen Wir“ bedarf fortwährender Imaginationspraxen im Sinne einer konstanten „Selbstbestätigung“. Dazu gehören etwa nationale Wettbewerbe wie der Eurovision Song Contest oder die Fußball-Weltmeisterschaft, bei welchen mit Fahnen und Fähnchen an Autos und Häusern, mit regressiver Freude, johlendem Taumel, untröstlicher Ernüchterung, einer karnevalesken Hemmungslosigkeit und mit von der Bekleidungsindustrie diktierten Farbcodes das „Wir“ bestätigt wird.

Aber auch die Vermittlung bestimmter Geschichtsbilder im Schulunterricht oder „nationale Selbstbilder“, die über Medienberichte oder auch im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine Leitkultur vermittelt werden sollen, sind Teil der Selbstimagination. Insofern handelt es sich bei der Nation – wie bei, formal gesehen, allen Identitätsformen – um ein Krisenphänomen, genauer: um eine Selbsterschaffung in der Krisenbewältigung.

⁶ Vgl. Michel Foucault (1978): Dispositive der Macht, Berlin, 120ff.

⁷ Ebd., 120.

⁸ Die Ausführungen gehen zurück auf Überlegungen zu etwas, das wir „Ausländerdispositiv“ genannt haben. Vgl. Paul Mecheril/Bernhard Rigelsky (2007): Nationaler Notstand, Ausländerdispositiv und die Ausländerpädagogik, in: Christine Riegel/Thomas Geisen (Hg.): Jugend, Zugehörigkeit und Migration, Wiesbaden 2007, 61-80.

Denn Imaginationspraxen dieser Art sind insbesondere dann vonnöten, wenn das phantasierte „Wir“ in eine Krise gerät – sei dies nun eine durch die mediale Inszenierung der so genannten Globalisierung nahegelegte Krise oder eine, die aus der öffentlichen Thematisierung dessen erfolgt, dass als fremd geltende Menschen und ihre Lebensweisen sich dauerhaft in dem Raum niederlassen, der als eigener beansprucht wird.

Das Integrationsdispositiv ist mithin ein dem Strategienbündel der Nation gegenüber komplementäres strategisches „Manöver“. Es spiegelt das nationale Dispositiv. Mit Blick auf Deutschland kann man sogar behaupten, dass sich Integrations- und nationales Dispositiv wechselseitig stützen und hervorbringen. Das Integrationsdispositiv reagiert somit nicht auf den Umstand, dass sich in Deutschland zu viele „Nicht-Deutsche“ aufhalten und es einer statistischen und bevölkerungspolitischen Regulation bedarf, sondern darauf, dass das, was Deutschland ist, als Krisenphänomen in Erscheinung tritt: Wenn wir uns verlieren, wer sind wir dann noch?

„Wir“ in der Krise

Der in dieser Frage enthaltenen „Drohung“ sind abfangende, mindernde und beschwichtigende Strategien, Praxen und Symbolisierungen zugeordnet, deren Zusammenhang das Integrationsdispositiv ins Leben ruft. Es klang oben bereits an, dass dies eine schattenhafte Furcht vor dem „Anderen“ ist, die für kollektive Identität in einer besonderen und für nationale Identität in einer übersteigerten Weise konstitutiv ist. Wir können drei operative Merkmale unterscheiden, welche das Wesen des Integrationsdispositivs kennzeichnen.

1. Es unterscheidet mittels Bezeichnungs- und Visibilisierungspraxen sowie der allseitigen Legitimität staatlicher Kontrollen zwischen natio-ethno-kulturellem „Wir“ und „Nicht-Wir“. Dies soll verdeutlicht werden anhand des folgenden Beispiels: Unter der Überschrift „Besondere Integrationsbedürftigkeit“ steht auf der Webseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): „Ausländer, die von der Ausländerbehörde zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet werden, gelten als besonders integrationsbedürftig, wenn sie zum Beispiel das Sorgerecht für ein in Deutschland lebendes minderjähriges Kind haben und sich nicht auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können und sich deshalb noch nicht in das Leben in Deutschland integrieren konnten.“⁹

⁹ Webseite des BAMF: www.integration-in-deutschland.de/nn_659118/SharedDocs/Glossar/DE/Integration/B/besondere-integrationsbeduerftigkeit.html (31.08.2011).

Solange sowohl die Integrationsvokabel als auch alle zwischen Fürsorglichkeit und Sanktion angespannten Integrationspraxen nicht in Bezug auf „Inländerinnen“ und „Inländer“, die ihre Kinder schlagen, oder „Inländer“, die ihre Frauen schlagen, Anwendung finden, ist „Integration“ eine diskursive und außerdiskursive Praxis der Erzeugung und Behandlung „der Anderen“. Sie macht „uns“ deutlich, dass „wir“ keine „Anderen“ sind. Glück gehabt!

2. Der Unterscheidung wird eine institutionalisierte, systematisch differenzielle Behandlungsweise von „Wir“ und „Nicht-Wir“ zugeordnet. Die Unterscheidung wird dadurch sozial verwirklicht. Mittlerweile scheint es in Deutschland ganz klar zu sein, dass es neben der (nota bene: phantasmatischen) Unterscheidung zwischen Männern und Frauen, eine zweite große Unterscheidung gibt, die zwischen MmM und MoM (Menschen ohne Migrationshintergrund). „Mit“ heißt hierbei: (noch) nicht ganz „Wir“.

Den MmM droht bei „verweigerter Integration“ – wenn „sie“ sich also weigern, (wie) „wir“ zu sein, oder sich weigern, die Selbstdisziplin aufzubringen, die erforderlich ist, um zu funktionieren und brauchbar zu sein wie „wir“ – der Ausschluss aus dem symbolischen und auch geopolitischen Zugehörigkeitsraum.

3. Diese Differenzierungen – ihre Beziehung zueinander kann man sich vorstellen wie ein Mobile – werden fortwährend als legitime Unterscheidungen und Behandlungen ausgegeben. Wer zweifelt ernsthaft daran, dass es MmM und MoM gibt, dass die Integration der ersten alternativlos ist, dass Sanktionen legitim sind, wenn sie sich der Integration willentlich versperren?

Kurzum: Das Integrationsdispositiv ist das Netz, das zwischen kulturellen, institutionellen, bürokratischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Ereignissen gespannt ist, in welchen ein natio-ethno-kulturelles „Wir“ sich von seinem „Anderen“ scheidet. Es ermöglicht so ein sprachliches und in Institutionen vergegenständlichtes Wissen darüber, wer „wir“ sind und wer „wir“ nicht sind, aber auch wer „sie“ sind.

Dieses Wissen festigt das Dispositiv, ohne es – denn es gibt keine eindeutigen Antworten auf diese Fragen – allerdings jemals zu fixieren. Als heterogene strategische Konstellation umfasst das Integrationsdispositiv wissenschaftliche Aussagen wie etwa der Migrationssoziologie, die in jüngster Zeit wieder verstärkt von der Unvermeidbarkeit der Assimilation spricht, oder der Interkulturellen Pädagogik, die immer wieder der Verlockung erliegt, sich als kompensatorische Pädagogik der Förderung von MmM anzubieten. Aber

auch Institutionen, Gesetze, Regelungen und administrative Maßnahmen – „kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes“¹⁰ – spiegeln Zugehörigkeitsverhältnisse wider.

Legitimation des „Wir“

Gemeinsam ist diesem „entschieden heterogenen Ensemble“,¹¹ dass es als Effekt ein bestimmtes Verständnis der eigenen Zugehörigkeit, ein bestimmtes Welt- und Selbstverhältnis konstituiert. Die strategische Funktion dieses Dispositivs besteht in einer differenziellen Identifizierung, die Grundlage des von keinem Plan ausgearbeiteten Verwaltens der Körper und Biografien ist: Die faktische Systematik und Methodik der materiellen und symbolischen Ungleichbehandlung soll legitim erscheinen. Trotz einer allseitigen Rhetorik universalistischer Ethik und Rechte ist diese Ungleichbehandlung sowohl strukturell als auch habituell anzutreffen, wie regelmäßig in Berichten der EU-Kommission über Diskriminierungen in der EU und in Deutschland zu lesen ist.

Nicht nur in der politischen Integrationsdebatte, auch in der Integrationsforschung dominiert eine Fixierung auf „Nation“ als Bezugsrahmen, um Migration und ihre Folgen zu thematisieren. In der Migrationsforschung werden seit einiger Zeit Alternativen zu einem verzerrenden „methodologischen Nationalismus“¹² diskutiert. Die politischen und öffentlichen Diskussionen bleiben allerdings einer Idee von Nation verhaftet, die implizit von der Vorstellung eines kulturell und weltanschaulich organischen Gebildes ausgeht.

Dieses Gebilde werde durch die gemeinsame Abstammung, die geteilte Religion, die eine Geschichte, die selbstverständliche Sprache oder den einen Wertekonsens zusammengehalten – obwohl dies im Widerspruch steht mit anderen gegenwärtigen Selbstnarrationen wie Globalisierung, Individualisierung, Pluralisierung, Postmoderne oder Regionalisierung. Ungeachtet der unterschiedlichen politischen Nuancen wird dadurch Integration, die Eingliederung zum konstitutiven Prinzip der Gesellschaft. „Die Gesellschaft“ selbst entzieht sich aber der Definition und steht damit nicht mehr zur Debatte. Sie gilt als fraglose Norm und ist als solche „gesetzt“.

Insofern kann der Integrationsdiskurs, das unausgesetzte öffentliche Reden über „Integration“, als Versuch interpretiert werden, durch die Rede über „die Anderen“ und die Notwendigkeit, diese in ein vermeintlich bestehendes Ganzes zu integrieren,

„die Gesellschaft“ und „das gesellschaftliche Wir“ zu beschwören. Problematisch ist, dass es sich permanent zu entziehen droht. „Wir“, die wir im Sprechen erst entstehen, sprechen so viel über die (Integration der) Anderen, damit wir wissen, wer wir sind.

Autor

Paul Mecheril ist Professor für Interkulturelle Bildung an der Universität Oldenburg.

Der Text ist erstmals erschienen in APuZ 43/2011. Wir danken der Bundeszentrale für politische Bildung für die Abdruckgenehmigung.

Kommentar zum Rechtsterrorismus in Deutschland

Anne Broden

Die aktuelle Auseinandersetzung um Rechtsterrorismus wirft zahlreiche Fragen auf, die auch Wochen nach Beginn der Aufdeckung der rechtsterroristischen Morde an neun Unternehmern und einer Polizistin nicht annähernd beantwortet sind. Mangels zufriedenstellender Antworten beschränke ich mich darauf, einige dieser noch offenen Fragen zu formulieren, die mit dem aktuellen Diskurs zum Rechtsterrorismus einhergehen. In einem zweiten Schritt werden einige Forderungen formuliert, um ein gesellschaftliches, lang anhaltendes Engagement politisch und finanziell absichern zu können.

Offene Fragen

Wer spricht da plötzlich von Rechtsterrorismus? Haben die zahlreichen Morde an MigrantInnen, Schwarzen Deutschen und Obdachlosen in den vergangenen 20 Jahren nicht ausreichend Hinweise gegeben, dass Menschen in diesem Land bedroht und terrorisiert werden?

Wer ist plötzlich überrascht über die Gewalt der Rechtsextremen?

Haben die Überraschten in den vergangenen 20 Jahren „in der Arktis verbracht“, ohne Medien, ohne Kontakt zur Außenwelt? Wo waren sie während der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen oder Mügeln?

Warum kamen Polizei, Staats- und Verfassungsschutz trotz mehr als 150 aus rassistischen und rechtsextremen Motiven ermordeten Menschen in Deutschland so lange nicht auf die Idee, dass auch die jetzt beklagten Morde einen rassistischen und/oder rechtsextremen Hintergrund haben könnten?

Warum haben die Medien dies verschlafen?

¹⁰ Michel Foucault, 120, Anm. 5.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Andreas Wimmer/Nina Glick-Schiller (2002): Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences, in: Global Networks, 4 (2002) 2, 301-334.

Warum wird nicht von Morden an Unternehmern gesprochen, sondern vom Mord an einem Mittagimbiss? Warum wird eine „Soko-Bosporus“ eingesetzt, wo die Menschen, die ermordet wurden, doch hier ihren Lebensmittelpunkt hatten?

Warum wird den Opfern die Zugehörigkeit zu einem kriminellen Milieu unterstellt? Welche Indizien gab es dafür? Wer profitiert davon, wenn ermordete Migranten noch nachträglich kriminalisiert werden?

Warum wurden V-Leute mit Steuergeldern finanziert, wo doch längst klar war, dass damit der Aufbau rechtsextremer Strukturen unterstützt wurde? Warum wird weiterhin behauptet, man brauche V-Leute in der Szene, wo doch gerade eindrucksvoll gezeigt wird, dass sie keine relevanten Informationen an die Strafverfolgungsbehörden liefern? Wie kann es sein, dass V-Leute bei Straftaten zugegen sind?

Warum wird ein Verbot der NPD (wieder) auf die Tagesordnung gehoben, aber nur völlig unzureichend der Rassismus in der „Mitte der Gesellschaft“ problematisiert?

Wer profitiert von diesem Diskurs?

Einige Perspektiven für unsere Arbeit

Der Realität zum Trotz wurde in den vergangenen Jahren immer wieder gerne darauf verwiesen, der Rechtsextremismus in Deutschland sei ein Problem des Ostens. Seit den Anschlägen von Hünxe (1991) und Solingen (1993) wissen wir es besser. Mindestens jeden zweiten Tag wird in NRW ein Mensch Opfer rechtsextremer oder rassistisch motivierter Gewalt und die Täter kommen größtenteils aus NRW. Durch die Gewalt in den vergangenen Jahren¹³ fühlen sich viele Menschen bedroht und in ihren Freiräumen begrenzt. Deswegen spreche ich von rassistischem und rechtsextremem Terror: Die Gewalt gegen MigrantInnen, Schwarze Deutsche, Wohnungslose oder – ganz allgemein gesprochen – gegen Menschen, die physiognomisch, kulturell und/oder sozial als die Fremden, als die Anderen stigmatisiert werden, verbreitet Angst und Schrecken und führt dazu, dass sich potenzielle Opfer sehr genau überlegen, wann und wo sie bestimmte Räume aufsuchen.

Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist ein Themenfeld, das immer mal wieder Hochkonjunktur erfährt, das aber auch immer wieder über lange Zeiträume hinweg fast völlig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerät. Dem gegenüber

sind „freie Kameradschaften“ oder Gruppen wie die „Autonomen Nationalisten“ ständig aktiv. Aufmärsche, völkisch-rassistische Propaganda, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Übergriffe auf Menschen, all dies gehört zum Alltag auch in NRW. In verschiedenen Stadträten und Kreistagen sitzen Parteien wie die NPD oder die „Bürgerbewegung pro NRW“, die auch dort ihre rassistische, vor allem islamfeindliche Propaganda verbreiten. Sie nehmen Einfluss auf die Debatten um Einwanderung und Integration und verstehen sich ‚gut‘ darauf, mit ihren scheinbar einfachen Lösungen für komplexe Problemlagen Menschen für sich zu gewinnen. Aber es sind nicht nur die offensichtlich rechtsextremen und rassistischen Parteien, die Ausgrenzung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen propagieren. Die Debatten um die Thesen von Thilo Sarrazin haben deutlich werden lassen, dass seine Verschränkung von rassistischen und marktwirtschaftlichen Argumenten zu einer doppelten Ausgrenzung führt: Er unterscheidet zwischen denen, die ethnisch/national *und* wirtschaftlich verwertbar sind und denen, die angeblich *weder* ethnisch/national *noch* wirtschaftlich verwertbar sind. Diese Dichotomisierung ist heute Teil des alltäglichen und kaum noch infrage gestellten Diskurses um Migration und Integration.¹⁴ D. h. wir haben es hier nicht etwa mit einer Pathologie der Gesellschaft zu tun, vielmehr gehören diese Phänomene mittlerweile zur Normalität.¹⁵

In der aktuellen Debatte um Rechtsterrorismus stehen die Fragen nach dem Versagen der Ermittlungsbehörden, der Rolle der V-Leute und einem Verbot der NPD im Vordergrund. Die Opfer dieser Gewalttaten stehen deutlich weniger im Fokus der Öffentlichkeit. Ihnen, allen Opfern rassistisch motivierter oder rechtsextremer Gewalt muss nun die Solidarität und Aufmerksamkeit von Gesellschaft, Politik und staatlichen Stellen gelten. Der alltägliche, zur Normalität geronnene Rassismus, wie er nicht zuletzt auch wieder in den Termini „Dönermorde“ und „Soko-Bosporus“ zum Ausdruck kam, muss problematisiert werden. Und das Engagement derer, die sich in Städten und Gemeinden für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, muss gewürdigt und unterstützt werden, statt es als Gutmenschentum zu denunzieren. Von den

¹³ Vgl. <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990>

¹⁴ Die gerade erschienene Ausgabe der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Folge 10, hg. von Wilhelm Heitmeyer, Berlin 2012) bestätigt die hier problematisierte Ökonomisierung des Menschenbildes. In einem Bericht zur dieser Studie heißt es in der Frankfurter Rundschau, dass das Individuum „immer stärker an dessen Produktivität und Verwertbarkeit im kapitalistischen System festgemacht [werde]. Vorurteile seien oft ‚ökonomisch besetzt‘, also im unterstellten fehlenden Nutzen für das Wirtschaftssystem begründet.“ FR, 13.12.11, 3

¹⁵ Nicht zuletzt IDA-NRW hat dieses Phänomen frühzeitig problematisiert, vgl. Überblick 3/2007 <http://www.ida-nrw.de/html/Fueberblick.htm> oder Fachgespräche 2007 und 2008 <http://www.ida-nrw.de/html/Fveranst.htm>

Engagierten, die in von Bundesprogrammen geförderten Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus arbeiten, eine Unterschrift unter eine so genannte Extremismusklausel zu verlangen, spricht nicht für eine Kultur der Wertschätzung, sondern für eine Kultur des Misstrauens.

Das Land NRW ist in Bezug auf Organisationen und Initiativen, die Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus problematisieren und bekämpfen, vergleichsweise gut aufgestellt. Viele andere Bundesländer können nicht auf eine derartige zivilgesellschaftliche Spannbreite verweisen. Nun ist auch die Unterstützung des Landes für zwei Opferberatungsstellen weitgehend gesichert. In Dortmund hat für den westfälischen Bereich eine Opferberatung bereits ihre Arbeit aufgenommen.¹⁶ IDA-NRW wird voraussichtlich im Sommer 2012 mit dem Aufbau einer entsprechenden Beratungsstelle für das Rheinland starten. Zudem begleitet IDA-NRW als landesweite Fachstelle seit nunmehr 17 Jahren die offene Jugendarbeit und die Schulen mit pädagogischen Hilfestellungen und Beratungsangeboten. So werden die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit sowie Lehrerinnen und Lehrer für die präventive Arbeit sowie im pädagogischen Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Äußerungen und Handlungen von Jugendlichen qualifiziert. Das von IDA-NRW aufgebaute Netzwerk zur Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher steht den Ratsuchenden landesweit mit Beraterinnen und Beratern vor Ort zur Verfügung.

Die Mobilen Beratungsteams in den fünf Regierungsbezirken beraten seit mehr als drei Jahren die Kommunen in ihrem Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus und ihr pädagogisch-politisches Engagement beispielsweise in Schulen und bei der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ist ebenfalls unverzichtbar. Diese Arbeit der Mobilen Teams ist jedoch nicht langfristig gesichert, die aktuelle Förderphase endet 2013. IDA-NRW und die Mobilen Beratungsteams befürworten deshalb die Umsetzung eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, das „das bestehende Angebote im Sinne einer umfassenden Strategie vernetzt und fördert. Die Einrichtung eines solchen Landesprogramms würde die gute Arbeit im Land langfristig sicherstellen sowie gewährleisten, dass die Beschäftigung mit Rassismus, Antisemitismus und der extremen Rechten nicht nur als Reflex auf spektakuläre Gewalttaten, sondern als Antwort

auf ein gesellschaftliches und langfristiges Problemfeld gesehen wird.“¹⁷

Autorin

Anne Broden ist Projektleiterin des IDA-NRW.

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hg.): Rechtspopulismus in Berlin. Rassismus als Bindeglied zwischen der „Mitte“ der Gesellschaft und Neonazismus?, Berlin 2011

Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Kein Fußbreit den Rechten! Der Grüne Demoratgeber Rechtsextremismus. Jetzt. Für morgen, Berlin o. J.

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) (Hg.): Wider das Vogel-Strauß-Prinzip. Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (Materialien zum Rechtsextremismus, Bd. 8), 3. Aufl., Düsseldorf 2011

Just, Rainer/Ramin Schor, Gabriel (Hg.): Vorboten der Barbarei. Zum Massaker von Utøya (Laika Theorie, Bd. 14), Hamburg: Laika-Verlag, 2011

Schmid, Bernhard: Distanzieren, leugnen, drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo, Münster: edition assemblage, 2011

Schorb, Bernd/Theunert, Helga im Auftrag des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (Hg.): merz medien + erziehung. Zeitschrift für Medienpädagogik. Themenschwerpunkt „Vernetzung von Rechts und gegen Rechts“, 55. Jg., Nr. 5, Oktober 2011, München: kopaed, 2011

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus, Antiziganismus

Antirassistische Initiative e. V./Gruppe soziale Kämpfe (Hg.): Standpunkte gegen Stammtische (Omuzdaşların sloganlarına karşı görüş ve duruş-

¹⁶ Die Website der Beratungsstelle in Dortmund findet sich unter www.backup-nrw.org

¹⁷ Stellungnahme der Träger Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW, Dezember 2011, in: Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (Hg.): Newsletter 12/2011, 3.

lar). Argumente gegen Antimuslimischen Rassismus (Müslüman karşıtı ırkçılığa karşı argümanlar), Berlin 2011

Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“, Münster: edition assemblage, 2011

Goll, Thomas (Hg.): Bildung für die Demokratie. Beiträge von Politikdidaktik und Demokratiepädagogik (Dortmunder Schriften zur politischen Bildung/Wochenschau Wissenschaft), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA) (Hg.): Israel, Palästina und der Nahostkonflikt – Ein Bildungs- und Begegnungsprojekt mit muslimischen Jugendlichen im Spannungsfeld von Anerkennung und Konfrontation, Berlin 2011

Mehmet, Ata: Der Mohammed-Karikaturenstreit in den deutschen und türkischen Medien. Eine vergleichende Diskursanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Meyer, Thomas: Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Palandt, Ralf für das Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, Berlin 2011

Rottleuthner, Hubert/Mahlmann, Matthias: Diskriminierung in Deutschland. Vermutungen und Fakten (Recht und Gesellschaft – Law and Society, Bd. 3), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG, 2011

Sir Peter Ustinov Institut zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen (Hg.): Kompetenz im Umgang mit Vorurteilen. Lehrbehelf und Materialien für die Sekundarstufe I (Sozialwissenschaften unterrichten), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Spielhaus, Riem: Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung (Muslimische Welten. Empirische Studien zu Gesellschaft, Politik und Religion, Bd. 3), Würzburg: Ergon-Verlag GmbH, 2011

Spinthourakis, Julia Athena/Lalor, John/Berg, Wolfgang (Hg.): Cultural Diversity in the classroom. A European Comparison (VS Research. CrossCulture), Wiesbaden: VS Verlag für Sozial-

wissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e. V. (Hg.): Geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung. Themenheft „Kulturkonflikte“, Jg. 4, Heft 4/2011, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Weidner, Stefan: Aufbruch in die Vernunft. Islamdebatten und islamische Welt zwischen 9/11 und den arabischen Revolutionen, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2011

... zum Thema Zuwanderung und Migration

Amodeo, Immacolata/Hörner, Heidrun/Weidemann, Jan-Helge (Hg.): WortWelten. Positionen deutschsprachiger Gegenwartsliteratur zwischen Politik und Ästhetik, Sulzbach i. Ts.: Ulrike Helmer Verlag, 2011

Bundesministerium des Innern (Hg.): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin 2011

Dennerlein, Bettina/Frietsch, Elke (Hg.): Identitäten in Bewegung. Migration im Film (Film), Bielefeld: transcript Verlag, 2011

Frackowiak, Johannes: Wanderer im nationalen Niemandsland. Polnische Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur Gegenwart (Studien zur Historischen Migrationsforschung (SHM), Bd. 24), Paderborn/München/Wien u. a.: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, 2011

Hahn, Kathrin: Alter, Migration und Soziale Arbeit. Zur Bedeutung von Ethnizität in Beratungsgesprächen der Altenhilfe (Theorie Bilden, Bd. 23), Bielefeld: transcript Verlag, 2011

Holzwarth, Peter: Migration, Medien und Schule. Fotografie und Video als Zugang zu Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Medienpädagogische Praxisforschung, Bd. 3), München: kopaed, 2008

Rürup, Bettina Luise/Şentürk, Beyhan (Hg.): Mittemang. Bürgerschaftliches Engagement – Zuwanderung – Alter. 20 Porträts, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2011

Sala, Roberto: Fremde Worte. Medien für „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik (Studien zur Historischen Migrationsforschung (SHM), Bd. 22), Paderborn/München/Wien u. a.: Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, 2011

Schorb, Bernd/Theunert, Helga im Auftrag des JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (Hg.): merz medien + erziehung. Zeitschrift für Medienpädagogik. Themenschwerpunkt „Migration und Medien: Vernetzung und Partizipation“, 55. Jg., Nr. 4, August 2011, München: kopaed, 2011

Sieveking, Klaus (Hg.): Wechselwirkungen von Migration und Integration im europäischen Mehrebenenensystem. Rechts- und sozialwissenschaftliche Beiträge (Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen (ZERP), Bd. 63), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG, 2011

Uslucan, Haci-Halil: Dabei und doch nicht mittendrin. Die Integration türkeistämmiger Zuwanderer (Politik bei Wagenbach), Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 2011

Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hg.): IMIS-Beiträge. Themenheft „Die Integration der zweiten Generation in Deutschland. Ergebnisse der TIES-Studie zur türkischen und jugoslawischen Einwanderung“, Heft 39/2011, Osnabrück 2011

Weiss, Karin/Roos, Alfred (Hg.): Zuwanderung und Bildungspolitik in den neuen Bundesländern. Erfahrungen und Perspektiven aus Ostdeutschland, Freiburg i. B.: Lambertus-Verlag, 2010

... zu den Themen Migrationsgesellschaft und Migrationspädagogik

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) (Hg.): Jugendverband unterstützt Jugendverband. Ansätze – Erfahrungen – Praxistipps zur Kooperation von „etablierten“ Jugendverbänden und Vereinen Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Dokumentation, Hannover 2011

Ariëns, Elke/König, Helmut/Sicking, Manfred (Hg.): Glaubensfragen in Europa. Religion und Politik im Konflikt (Europäische Horizonte, Bd. 7), Bielefeld: transcript Verlag, 2011

Becker, Rolf (Hg.): Integration durch Bildung. Bildungserwerb von jungen Migranten in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Bezirksregierung Arnsberg/RAA Regionale Arbeitsstätten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien NRW, Haupt-

stelle (Hg.): Begegnung und Verständigung. Sinti und Roma in NRW. Schulische und schulbegleitende Förderung und Initiativen für Kinder aus Sinti- und Roma-Familien, Arnsberg/Essen 2011
Download unter: www.sintiundroma-nrw.de oder www.raa.de



Biesinger, Albert/Edelbrock, Anke/Schweitzer, Friedrich (Hg.): Auf die Eltern kommt es an! Interreligiöse und Interkulturelle Bildung in der Kita (Interreligiöse und Interkulturelle Bildung im Kindesalter, Bd. 2), Münster/New York/München u. a.: Waxmann Verlag, 2011

Deutsche Sportjugend (dsj) im Deutschen Olympischen Sportbund (DSOB) e. V. (Hg.): Förderung des Engagements benachteiligter Jugendlicher und junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Strukturen des organisierten Sports. Expertise zum Stand von Forschung und Praxis im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „JETST! – Junges Engagement im Sport“ der Deutschen Sportjugend, Frankfurt a. M. 2010

Deutsche Sportjugend (dsj) im Deutschen Olympischen Sportbund (DSOB) e. V. (Hg.): Interkulturelles Training. Materialien und Übungen für den Einsatz in der Jugendarbeit im Sport, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2010

Gogolin, Ingrid/Dirim, İnci/Klinger, Thorsten u. a.: Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Mi-

grationshintergrund FörMig. Bilanz und Perspektiven eines Modellprogramms (FörMig Edition, Bd. 7), Münster/New York/München u. a.: Waxmann Verlag, 2011

Gogolin, Ingrid/Lange, Imke/Hawighorst, Britta u. a. in Zusammenarbeit mit der FörMig-AG Durchgängige Sprachbildung: Durchgängige Sprachbildung. Qualitätsmerkmale für den Unterricht. (FörMig Material, Bd. 3), Münster/New York/München u. a.: Waxmann Verlag, 2011

Hessischer Jugendring (Hg.): I-Lotsen für Integration und Inklusion. Dokumentation zur interkulturellen Jugendarbeit (Jugendverbände integrativ aktiv), Wiesbaden 2011

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Migrantenselbstorganisationen“, 33. Jg., Heft 3, August 2011, Weinheim: Juventa Verlag GmbH, 2011

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Interkulturelles Zusammenleben im ländlichen Raum“, 33. Jg., Heft 4, November 2011, Weinheim: Juventa Verlag GmbH, 2011

Kalisch, Simone im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschland e. V. (aej) (Hg.): Vorhang auf für Zainab, Max und Elena! Evangelische Jugend in der Migrationsgesellschaft. Erfahrungen und Diskussionen zum Projekt TANDEM, Hannover 2011

Karner, Ulrike: Regenbogenlicht. Roman, Sulzbach i. Ts.: Ulrike Helmer Verlag, 2011

Müller, Werner (Hg.): Praxishandbuch Kinder- und Jugendfreizeiten. Themenschwerpunkt: Migration und Internationale Jugendarbeit, 57. Ausgabe, September 2011, München: Olzog Verlag GmbH, 2011

RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e. V. (Hg.): Mehr Vielfalt als gedacht? Erfahrungen mit dem Anti-Bias-Ansatz in der Jugendarbeit (Interkulturelle Beiträge 42), Potsdam 2010

Radtke, Frank-Olaf: Kulturen sprechen nicht. Die Politik grenzüberschreitender Dialoge, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH, 2011

Schmidt-Denter, Ulrich: Die Deutschen und ihre Migranten. Ergebnisse der europäischen Identitätssuche, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2011

Sinner, Kathrin: Schleswig-Holstein – das nördli-

che Bundesland. Räumliche Verortung als kulturelles Identitätskonstrukt (Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Bd. 8), Münster/New York/München u. a.: Waxmann Verlag, 2011

Sommerfeld, Peter/Hollenstein, Lea/Calzaferri, Raphael: Integration und Lebensführung. Ein forschungsgestützter Beitrag zur Theoriebildung der Sozialen Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

Willems, Joachim: Interreligiöse Kompetenz. Theoretische Grundlagen – Konzeptualisierungen – Unterrichtsmethoden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Farin, Klaus: Jugendkulturen in Deutschland. Zeitbilder (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)), überarb. Neuaufl. 2011, Bonn 2011

Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH (Hg.): Junik – Jugendliche im internationalen Kontext. Wir selbst. Jugendliche agieren in internationalen Projekten. Ein Praxishandbuch für kulturübergreifende Jugendprojekte, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2006

Netzwerk Selbsthilfe e. V. (Hg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 11. vollständig überarb. und erweit. Aufl., Berlin 2011

Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Active Citizenship Education. Internationale Anstöße für die Politische Bildung (Non-formale Bildung/Wochenschau Wissenschaft/), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung (Non-formale Bildung/Wochenschau Wissenschaft/), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Wochenschau Verlag (Hg.): Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten. Sek. I. Basisheft. Themenheft „Demokratie und politische Beteiligung“, 62. Jg., Nr. 4, Juli/August 2011, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2011

Nachrichten

Bund der Alevitischen Jugendlichen Vollmitglied des DBJR

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) wurde auf der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) am letzten Oktober-Wochenende in Ludwigshafen einstimmig als Vollmitglied in den Deutschen Bundesjugendring (DBJR) aufgenommen. Er ist die erste Migrantenjugendselbstorganisation, die eigenständig im DBJR vertreten ist. Weitere Migrantenjugendselbstorganisationen werden bereits durch die djo – Deutsche Jugend in Europa als Dachverband im DBJR vertreten.

Infos: Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V., Geschwister-Scholl-Str. 33-37, 44135 Dortmund, Tel: 02 31 / 16 74 07 50
info@bdaj.de , www.aagb.net

Gemeinsame Erklärung der Jusos und der Grünen Jugend zu Flüchtlingsrechten

Anlässlich des bundesweiten Flüchtlingstages am 1. Oktober unter dem Motto „Mauern verletzen Flüchtlingsrechte!“ erklärten die damalige Bundessprecherin der Grünen Jugend, Emily Büning, und der Juso-Bundesvorsitzende, Sascha Vogt: „Statt mit Schutz und Recht begegnet Europa Flüchtlingen heute mit Mauern und Abfangbooten. 2011 ist das mörderischste Jahr in der 25-jährigen Geschichte des bundesweiten Flüchtlingstages. Über 2000 Menschen sind Schätzungen zufolge seit Jahresbeginn an den Außengrenzen der EU gestorben. Wir brauchen endlich eine menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Asylpolitik, in Deutschland und der ganzen EU. Das Grundrecht auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren muss allen gewährt werden. Die Rechte von AsylbewerberInnen müssen auch im Inland geschützt werden: Diskriminierende Regelungen wie das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht gehören vollständig und überall abgeschafft! Wir wollen in

einer Welt leben, in der kein Mensch zum Illegalen erklärt und seiner elementaren Grundrechte beraubt wird. Der bundesweite Flüchtlingstag ist uns eine Mahnung, dass in der EU keine Freiheit herrscht, solange an den Grenzen die Unfreiheit regiert.“

Infos: Grüne Jugend, Hessische Straße 10, 10115 Berlin, Tel: 0 30 / 2 75 94-0 95
buero@gruene-jugend.de
www.gruene-jugend.de/themen/demokratie/946937.html

JungsozialistInnen in der SPD (JUSOS), Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin, Tel: 0 30 / 2 59 91-3 66, jusos@spd.de
www.jusos.de/aktuell/pressemitteilung/2011/09/30/fluechtlingsrechte-statt-abfangboote

Projektausschreibung: Integration junger MigrantInnen

Eine neue Ausschreibungsrunde für Projekte zur Integration junger MigrantInnen der Robert Bosch Stiftung, durchgeführt von der Stiftung Mitarbeit, hat am 1. August 2011 begonnen. Besondere Erfolgsaussichten haben Projekte, die junge Menschen deutscher und anderer ethnischer Herkunft gemeinsam gestalten, ehrenamtliches Engagement einbeziehen oder die sich auch an die Eltern junger MigrantInnen wenden. Die Projekte sollen praxisbezogen und lokal angelegt sein. Die Förderung umfasst bis zu 5000 €. Anträge können bis zum 15. Januar 2012 eingereicht werden. Der Förderantrag für die neue Ausschreibungsrunde kann per Brief an die Stiftung Mitarbeit gesendet werden.

Infos: Stiftung Mitarbeit, Brigitte Mies-van Engeshoven, Bornheimer Straße 37, 53111 Bonn, Tel: 02 28 / 6 04 24-12
mies-vanengelshoven@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de/integrationmigranten.html